

Mit besonderem Nachdruck wurde auf der Prager Tagung darauf hingewiesen, daß die NATO-Staaten mit der Stationierung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die in diesem Jahr beginnen soll, nichts gewinnen können, letztlich aber vieles aufs Spiel setzen, was im europäischen Entspannungsprozeß möglich war. Einen solchen Gang der Dinge wünschen die sozialistischen Staaten nicht. Die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht zu stationieren und bei den Genfer Verhandlungen endlich ernsthaft über eine radikale Reduzierung der Kernwaffen in Europa zu verhandeln - das ist die entschiedene Forderung der sozialistischen Staaten. Die DDR unterstützt wie die anderen Bruderländer die Vorschläge der UdSSR zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen wie der Mittelstrecken- und Kernwaffen in Europa. Sehr hoch schätzt sie die Initiative ein, die Genosse Juri Wladimirowitsch Andropow bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR ergriffen hat. Damit beweist die Sowjetunion, daß sie nicht einen Kernwaffenträger in Europa - seien es Raketen oder Flugzeuge - mehr beansprucht, als die NATO besitzt. Das für jedermann verständliche, offene Herangehen der UdSSR an die Lösung der wichtigsten Fragen der Gegenwart hat in der Welt ein großes Echo gefunden und ist geeignet, den Weg für positive Ergebnisse in den anstehenden Verhandlungen zwischen Ost und West zu ebnen.

Die sozialistischen Staaten werden aber eine einseitige Veränderung des militärischen Gleichgewichts nicht hinnehmen und erforderlichenfalls die angezeigten Schritte zur Sicherung ihrer Verteidigungsfähigkeit tun. Das Politbüro und der Ministerrat bekräftigen, daß die DDR zu allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen stehen wird.

Politbüro und Ministerrat erörterten den in der Politischen Deklaration unterbreiteten Vorschlag für ein von chemischen Waffen freies Europa. Sie erklären die Bereitschaft der DDR, gemeinsam mit interessierten Staaten in Mitteleuropa eine von chemischen Waffen freie Zone zu bilden.

Die Sicherung des Friedens, so hoben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf ihrer Prager Tagung hervor, bestimmt auch ihre Politik zur Gestaltung ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten. Der politische Dialog, der Ausbau der Vertragsbeziehungen und die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit standen und stehen deshalb im Mittelpunkt der Außenpolitik der DDR, wenn es darum geht, der friedlichen Koexistenz Stabilität und Dynamik zu verleihen. Für die Lage in Europa und in der Welt sind Beziehungen guter Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD von nicht geringem Gewicht. Notwendig ist, daß auch die BRD von den abgeschlossenen Verträgen ausgeht und bereit ist, einer Verschärfung der internationalen Situation entgegenzuwirken und mit der DDR dementsprechende Beziehungen zu unterhalten. Europa muß ein Zentrum des Friedens bleiben, im Schatten neuer amerikanischer Ra-